

Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

Nicht gleich, aber sehr ähnlich!

Die Alternative für Deutschland (AfD) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ): Gemeinsamkeiten und Unterschiede zweier rechtspopulistischer Parteien

13. Mai 2025

Die Einstufung der Alternative für Deutschland (AfD) als „gesichert rechtsextremistisch“ durch den deutschen Verfassungsschutz hat nicht nur in Deutschland für großes Aufsehen gesorgt. Auch in Österreich hat die Debatte dadurch die Diskussion über die korrekte „Einstufung“, sowie den angemessenen Umgang mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), einen neuen Aufschwung erhalten. Denn schon in der Vergangenheit zeigten sich hier zwischen Deutschland und Österreich deutliche Unterschiede. Während die AfD ihren Paria-Status im deutschen Parteiensystem bis heute nicht abstreifen konnte und alle relevanten Parteien sowie die Mehrheit der Bevölkerung eine Kooperation mit der AfD ablehnen, sind in Österreich inzwischen auch FPÖ-Regierungsbeteiligungen auf Bundes- wie Landesebene längst keine Besonderheit mehr. Es stellt sich die Frage, inwieweit sich die Unterschiede im Umgang mit AfD und FPÖ tatsächlich durch Unterschiede zwischen den beiden Parteien selbst erklären bzw. rechtfertigen lassen. Denn die FPÖ weist wesentliche strukturelle Ähnlichkeiten mit der AfD auf, beispielsweise Versatzstücke völkischer Ideologie, die sich sowohl im FPÖ-Programm als auch im Handbuch freiheitlicher Politik finden. Oder etwa die fehlende Abgrenzung zu rechtsextremen Gruppierungen wie den Identitären. Im Mediengespräch von Diskurs. Das Wissenschaftsnetz analysieren Eric Miklin und Martin Dolezal auf Basis einer aktuellen Studie daher Parallelen und Unterschiede zwischen den beiden Parteien, diskutieren u.a. auch die methodologischen Grenzen und Schwierigkeiten solcher Vergleiche aus wissenschaftlicher Perspektive.

Das Mediengespräch soll aus wissenschaftlicher Sicht Grundlagen schaffen, um mögliche verfassungsfeindliche Elemente auch innerhalb der FPÖ und ihrer Programmatik zu identifizieren und zu analysieren.

Inputs:

[Eric Miklin](#) ist Assoziierter Professor für Österreichische Politik in vergleichender europäischer Perspektive an der Universität Salzburg.

[Martin Dolezal](#) ist Politikwissenschaftler (Promotion Universität Wien, Habilitation Universität München) und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Politikwissenschaft der Universität Salzburg sowie am Institut für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft der Universität Graz.

Moderation: Sophie Menasse (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

Eine Veranstaltung von *Diskurs. Das Wissenschaftsnetz*

Inputs

Rechtspopulistische Parteien befinden sich in den allermeisten europäischen Staaten im Aufwind. Vergleicht man diesbezüglich Deutschland und Österreich, zeigen sich zunächst deutliche Unterschiede. So zählt etwa die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) zu den ältesten Vertreterinnen dieser Parteienfamilie und ist seit vielen Jahrzehnten ein etablierter Bestandteil des Parteiensystems. Im Gegensatz dazu schaffte es 2017 erstmals mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine rechtspopulistische Partei den Einzug in den deutschen Bundestag. Unterschiede finden sich aber auch im Hinblick auf den Umgang der anderen Parteien mit ihren populistischen Kontrahentinnen. Denn während die Zusammenarbeit bis hin zu Regierungskoalitionen mit der FPÖ in Österreich auf Bundes- und Landesebene längst üblich ist, ist die AfD bislang eine Paria-Partei geblieben, auf die die übrigen Parteien mit der Bildung eines Cordon Sanitaire reagiert haben.

Betrachtet man die Parteien selbst, so zeigen sich jedoch starke Parallelen. Die Positionen zu Migration und EU sowie das Ausmaß des Populismus unterscheiden sich kaum. Auch die offene Affinität für rechts-autoritäre Regierungen anderer Staaten sowie eindeutige personelle Überschneidungen mit dem rechtsextremen Milieu finden sich in beiden Parteien. Schließlich ist die Vergangenheit beider Parteien auch von wiederkehrenden innerparteilichen Konflikten zwischen gemäßigeren und radikaleren Flügeln geprägt, die (zumindest bisher) stets zum Sieg Letzterer und somit zu einer kontinuierlichen Radikalisierung geführt haben. In Summe ist die AfD in ihrer Programmatik in kulturellen Fragen etwas weiter rechts positioniert als die FPÖ; Ökonomisch steht sie allerdings deutlich weiter rechts als die FPÖ. Auch die Nähe zum Rechtsextremismus tritt bei der AfD noch stärker in Erscheinung – was u.a. auch dazu geführt hat, dass die Partei, anders als die FPÖ, sogar innerhalb der "Familie" der rechtspopulistischen Parteien Europas Großteils als zu radikal wahrgenommen wird.

Insgesamt stellt sich die Frage, inwieweit die für solche Vergleiche öffentlich zugänglichen Daten tatsächlich das „wahre“ Profil von Parteien abbilden. So finden sich bei beiden Parteien immer wieder Äußerungen einzelner Vertreter:innen, die in

ihrer Radikalität doch einmal deutlich über offizielle Parteipositionen hinausgehen, aber nur selten zu parteiinternen Konsequenzen führen. Gerade Parteien mit einer Nähe zu rechtsextremem und -autoritärem Gedankengut können zudem auch ein strategisches oder juristisches Interesse daran haben, vorhandene radikalere Überzeugungen bewusst zu verbergen. Die gefundenen Unterschiede zwischen AfD und FPÖ können ihre Ursache daher einerseits tatsächlich in inhaltlich unterschiedlichen Parteizielen haben. Sie könnten andererseits aber auch schlicht das Resultat unterschiedlicher Kommunikationsstrategien sein, die z.B. aus der historisch doch sehr unterschiedlichen Sozialisierung rechtsradikaler bis rechtsextremer Akteure innerhalb der politischen Systeme Deutschlands und Österreich resultieren.

Über die Expert:innen

Eric Miklin ist Assoziierter Professor für Österreichische Politik in vergleichender europäischer Perspektive an der Universität Salzburg.

E-Mail: eric.miklin@plus.ac.at

Martin Dolezal ist Politikwissenschaftler (Promotion Universität Wien, Habilitation Universität München) und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Politikwissenschaft der Universität Salzburg sowie am Institut für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft der Universität Graz.

E-Mail: martin.dolezal@plus.ac.at

Kontakt für Rückfragen

Alexander Behr

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 650 34 38 37 8

E: alexander.behr@univie.ac.at

Cosima Danzl

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 660 721 83 75

E: danzl@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Über Diskurs

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an: <https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>